

## Protokoll Technischer Ausschuss - öffentlich - vom 05.05.2020

### ) TOP Bemusterungstermin zu TOP 7 vor der Sitzung -Pflastersteinvarianten

---

Oberbürgermeister Pauly begrüßt die anwesenden Gemeinderäte und führt in die Thematik der Oberflächenerneuerung der Fahrbahn in der Karlstraße ein.

Amtsleiter Monien stellt die in der Karlstraße 44a ausliegenden Musterstücke der beiden Pflastersteinvarianten vor. Der Niederschrift sind Bilder der beiden Varianten beigelegt,

Der Granit aus den Vogesen würde wegen seiner grau-rötlichen Farbe gut zum Farbkonzept des Gehwegs passen. Die grau-gelbliche Farbe der Pflastervariante Nr. 1 sei seltener zu finden. Die Rutschfestigkeit sei bei beiden Varianten gleichermaßen vorhanden. Letztlich sei die Auswahl eine gestalterische Entscheidung.

Herr Weisshaupt, Landschaftsarchitektur GbR ergänzt, dass beide Pflastersteinvarianten auch frosthart seien. Die Variante des feinkörnigen Granits aus dem Bayrischen Wald (Nr. 1) wirke mit seinen abgerundeten Kanten eher rustikal.

Amtsleiter Monien: Der Pflasterstein aus den Vogesen (Variante Nr. 2) sei nach Aussage des Behindertenbeauftragten Herrn Manfred Kemter mit einem Rollator leichter befahrbar. Sobald sich aber ein Stein hebe, könne dieser aufgrund der schärferen Kanten aber auch eher zur Stolperfalle werden.

(Auf Nachfrage von Stadtrat Wild): Die Haltbarkeit beider Pflastersteinvarianten sei gleich.

Stadtrat Horst Hall (auf Nachfrage von Stadtrat Milbradt): Bestehende Pflastersteine nach der Sanierung des Unterbaus wieder einzubauen auszuwechseln koste mehr als neues Kopfsteinpflaster zu verlegen. Die Reinigung des Bestandspflasters bedeute im Vergleich zu neuen Steinen einen höheren Aufwand. Das gleiche Problem habe er in seinem Ortsteil Aasen gehabt. Davon rate er ab.

Amtsleiter Monien (auf Nachfrage von Stadtrat Lienhard): Die angegebenen Kosten seien Endpreise auf den verlegten Quadratmeter Pflasterfläche. Die Verlegung sei miteingerechnet.

Stadträtin Bronner fragt nach, ob nicht einfach wieder asphaltiert werden könne, statt Kopfsteinpflaster zu verwenden. Pflastersteine seien vergleichsweise uneben und würden beim Befahren mehr Lärm verursachen.

Amtsleiter Unkel: Die Verwendung von Pflastersteinen sei wegen des verkehrsberuhigten Bereichs sinnvoll. Die Karlstraße sei keine Durchgangsstraße.

Stadträtin Bronner: Für Fahrradfahrer sei Kopfsteinpflaster nicht besonders angenehm.

## 1) TOP Einwohnerfragen

---

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

## 2) TOP 4-016/20 Brigach- / Bregzusammenfluss, Donauursprung - Sachstandsbericht

---

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 4-016/20 ein.

Bürgermeister Graf stellt in einer Präsentation das Vorhaben der naturnahen Umgestaltung am Zusammenfluss von Brigach und Breg/Donau, stellvertretend für Frau Reichegger vom Regierungspräsidium Freiburg, vor. Die Neugestaltung des Zusammenflusses sei in erster Linie eine wasserökologische Maßnahme. Dennoch sei es Ziel, diese für touristische Zwecke nutzen. Am 6. Juli 2020 sei der erste Spatenstich.

Frau Feger, stellvertretende Amtsleitung, (auf Nachfrage von Stadtrat Wild): Das Amt für Tourismus und Marketing arbeite derzeit ein Konzept aus, wie der neugestaltete Zusammenfluss touristisch vermarktet werden könne. Denkbar seien beispielsweise ein Steg mit drei Plattformen, ein Unterstand mit Dach, ein Infopoint, eine Art Aussichtsturm (5 m) und gegebenenfalls auch eine Skulptur.

Oberbürgermeister Pauly: Ein Teil der Maßnahmen würden durch das Land finanziert. Eine Vorstellung darüber könne gerne veranlasst werden.

Beschluss: Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

## 3) TOP 4-015/20 Stadtwald / Betriebsvollzug 2019

---

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 4-015/20 ein.

Herr Maier, Landratsamt Schwarzwald-Baar Kreis, stellt in einer Präsentation über den Stadtwald Donaueschingen dessen aktuelle Situation sowie die Leistungsbilanz des Forstbetriebs 2019 vor. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Oberbürgermeister Pauly: Er bedanke sich für die gute Arbeit, die geleistet worden sei. Mit der Corona-Krise bzw. mit den beiden Sturmtiefs habe keiner rechnen können.

Stadträtin Bronner: Die schwierige Lage sei eine Herausforderung. Sie hoffe langfristig auf ein Gleichgewicht. Das Rehwild richte schlimme Verbiss-Schäden in Wolterdingen, Grünigen, Aufen und auch in Aasen an. Das liege an der starken Rehpopulation. Da brauche es Verbesserungsvorschläge. Einer könnte sein, mehr Reh zu essen. Ferner solle geprüft werden, ob Fördermittel über ein Ökopunktesystem erhältlich seien.

Stadtrat R. Erndle: Die Zahlen seien erschreckend. Der Stadtwald sei kein Ertragswald mehr wie bisher. Die Gewinne seien gleich Null. Er vermute, dass in früheren Zeiten zu einseitig aufgeforstet worden sei, da sturmbedingt viel Nadelholz am Boden liege.

Stadtrat Vetter: Er wolle wissen, ob die Planzahl für das Haushaltsjahr 2020 von rund minus 138.000 Euro gegebenenfalls noch nach unten korrigiert werden müsse.

Stadtrat Lienhard: Ihm gefalle, dass der Vorschlag „mehr Reh zu verzehren, zur Vermeidung von Bisschäden an Bäumen“ von der Grünen-Fraktion eingebracht worden sei. Seine Frage sei, ob der Minusbetrag im Folgejahr ausgeglichen werden müsse oder ob ein Verlustvortrag möglich sei.

Oberbürgermeister Pauly: Ein Verlustvortrag sei hier nicht möglich.

Herr Maier, Landratsamt Schwarzwald-Baar Kreis: Die Erträge der vergangenen Jahre seien besser gewesen. Dabei sei der überwiegende Teil Nadelholz ins Ausland geliefert worden. Nun sei das Problem, dass sich durch den Borkenkäfer das Holz verfärbe. Dies wirke sich selbst bei der Nutzung für Pellets aus, da der Kunde lieber helle Pellets kaufe. Der Preisverfall sei enorm und nicht mehr aufzuhalten. Die Entwicklung in 2020 sei nicht einschätzbar. Das Sägewerk habe Kurzarbeit eingeführt. Die Transportwege ins Ausland seien quasi zu und die Wartezeiten sehr lang. Die damalige Art der Aufforstung mit Fichte, Tanne, Kiefer sei weder richtig noch falsch gewesen. Der Mischwald habe sich stabilisiert und erweise sich als ideal.

(Auf Nachfrage von Stadtrat Wild) Die Einnahmen seien aus Rückzahlungen des Windkraftbetreibers „Längefeld“ entstanden.

Frau Lorek, Landratsamt Schwarzwald-Baar Kreis: Auch wenn sich die Lage wieder einpendeln werde, könne so bald nicht mehr von einem „Ertragswald“ die Rede sein. Der Stadtwald erfülle jedoch auch Funktionen, die sich nicht monetär messen ließen, wie beispielsweise als Erholungsgebiet oder als Schutzraum für Tiere.

Herr Maier: Das Nasslager diene zum Werterhalt des Holzes und verhindere das Besprühen mit Chemikalien.

Frau Lorek: Diese Maßnahme erfülle sogar Fördertatbestände, da das Schadholz dadurch haltbar gemacht werde. Mit den Jagdpächtern sei man im Gespräch. Dabei stelle sich die Frage, ob die Fläche genutzt werden soll oder ob der Abschuss von Wild im Vordergrund stehe. Die Bewirtschaftung erfolge teils auch ohne Wild-Abschuss.

Amtsleiter Zoller: Die „grüne Null“ führe zu einer Spartenrechnung ohne Gewinn. Im Rahmen der Gesamtdeckung würden negative Bereiche ausgeglichen. Jedoch seien die Deckungsmittel für 2020/21 rückläufig, das verschärfe die Situation insgesamt.

Herr Maier (auf Nachfrage von Herrn Widmann): Es bringe nichts, den Stadtwald völlig unbehandelt zu lassen. Der Wald sollte wegen des Klimawandels bewirtschaftet werden. Zudem sei der Wertstoff Holz wertvoll.

Oberbürgermeister Pauly: Langfristig werde der Stadtwald wieder in die Gewinnzone kommen, die Nachfrage nach Holz sei da.

Beschluss:

1. Dem Betriebsergebnis 2019 wird zugestimmt.
2. Der Bericht zum laufenden Haushalt 2020 wird zur Kenntnis genommen.

#### **4) TOP 4-014/20 Parkschwimmbad Donaueschingen / Modernisierung - Vorstellung Konzepte**

---

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 4-014/20 ein.

Amtsleiter Unkel: Bei einem Naturbad erfolge die Klärung biologisch. Das System sei fragiler. Wenn die Wasserqualität abnehme werde mit Frischwasser nachgespeist

Amtsleiter Unkel: Er bedanke sich für den Antrag zur Untersuchung eines Naturbades. Neben der technischen Frage müsse jeweils die Nutzung und die Unterhaltung des Bades berücksichtigt werden. Davon hänge letztlich auch die Akzeptanz ab. Wichtig sei dabei auch die Einschätzung des Landratsamtes. Bei einem Naturbad erfolge die Klärung biologisch. Das System sei fragiler. Problematisch könne dies an heißen Tagen werden, an denen viele Besucher im Bad seien. Hier könne das System bei zu hohen Wassertemperaturen kippen und es könne sein, dass das Naturbad dann geschlossen werden müsse. Wenn die Wasserqualität abnehme werde, dann werde üblicherweise mit Frischwasser nachgespeist, was unter ökologischen Gesichtspunkten zu hinterfragen sei. Die Lösung als Natur- bzw. Kombibad sei reizvoll, doch aufgrund der Gesamtbeurteilung aller Faktoren empfehle die Verwaltung ein klassisches/technisches Bad.

Herr Gutmann, Gutmann GmbH, stellt in einer Präsentation Planungskonzepte zu Sanierungsvarianten eines Natur-/Naturerlebnisbades sowie eines Kombibades vor. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

In einem Telefonat mit Frau Sturm vom Regierungspräsidium Freiburg habe er erfahren, dass es für den Bau von Naturbädern Landesfördermittel gebe. Das gelte auch für die Variante des Kombibades. In Aussicht gestellt habe Frau Sturm 25 Prozent für den Hochbau und 50 Prozent für das Schwimmbecken im Jahr 2020 und in 2021 werde die Förderung auf 30 Prozent (Hochbau) und 60 Prozent (Schwimmbecken) erhöht. Voraussetzung seien touristische Zahlen durch eine Zählung der Badegäste möglichst im August. Durch die Corona-Krise gebe es derzeit einen Stillstand.

Herr Thamm, bauraum GmbH, stellt in einer Präsentation das Konzept der Variante eines Klassischen/Technischen Bades vor. Die Präsentation ist der Niederschrift beigefügt. Er präferiere die Sanierung mit einem Edelstahlbecken aufgrund der langen Haltbarkeit von 30-40 Jahren.

Frau Feger, stellvertretende Amtsleiterin: Sie sei positiv von dem Projekt eines Naturbades überrascht. Sie gebe aber zu bedenken, dass es in Donaueschingen bis zu 3.000 Besucher/täglich gebe. Wenn heißes Wetter ein bis zwei Wochen anhalte, seien die Wasserwerte bereits grenzwertig.

Frau Ritter, Gesundheitsamt, Landratsamt Schwarzwald-Baar Kreis: Im Landkreis gebe es ungefähr 60 Bäder, die das Gesundheitsamt überwache. Darunter seien mehrere Naturbäder. Beide Planungsvarianten würden funktionieren, wenn man gewisse Dinge beachte. Dabei leiste sie gerne Unterstützung. Sie habe auch entsprechende Fortbildungen besucht.

Stadtrat Kaiser: Er sei froh, über die ausführliche Entscheidungsgrundlage. Bei der Planungsvariante Naturbad könne viel Geld eingespart werden. Die Alternative eines Kombibades sei reizvoll, da unterschiedliche Nutzungen möglich seien und weniger koste, als ein klassisches Bad. Die Möglichkeit einer Bezuschussung sei zudem ein starkes Argument für ein Kombibad. Ein Ausschlusskriterium sei für ihn jedoch die Gefahr einer Schließung an Spitzentagen mit 3000 Besuchern und dauerhaft gutem Wetter.

Oberbürgermeister Pauly: Die Verwaltung bevorzuge, unter Abwägung aller Argumente, die Lösung, die keine Risiken für den Betrieb mit sich bringe und 30 Jahre lang Ruhe gewähre. Experimente wolle die Verwaltung dagegen eher vermeiden. Auch wenn diese Lösung teurer werde, sei das klassische Bad aus Gründen der Akzeptanz vertretbar.

Es könne zwar sein, dass ein Kombibad gut funktioniere. Dann sei das für weniger Geld eine gute Lösung. Dabei könne es aber auch sein, dass Jahre lang Probleme auftauchen, die momentan nicht erkannt würden und gegebenenfalls zu einer Schließung des Schwimmbads führen könnten.

Stadtrat Lienhard: Die CDU-Fraktion werde dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen. Dabei sei noch offen, ob die Fördermöglichkeiten bei der Kostenberechnung des Naturbades mit eingerechnet seien, wie viel Zeit der Sanierungsumbau in ein Kombibad benötige und ob es richtig sei, dass sich die Kosten bei einer Reduzierung des klassischen Bades um 45 Prozent in etwa gleichem Verhältnis von ca. 5,5 Millionen Euro auf 3,1 Millionen Euro verringern würden. Er frage sich auch, ob bei der Schließung des Naturbadebereichs das klassische Schwimmbad geöffnet sein könne.

Fraktionssprecher Vetter: Er neige zu der Variante des klassischen Bades. In Betracht komme auch ein Kombibad, das Konzept des Naturbades scheidet jedoch für ihn aus.

Folgende Fragen seien offen:

- Was koste die Gestaltung zusätzlicher Attraktionen wie Rutsche etc. für das Nichtschwimmerbecken?
- Wie sei die Aufteilung der Fördermittel?
- Wie unterscheidet sich die Verwendung von Folienabdeckung zum Edelstahlbecken in

Bezug auf Kosten und Lebensdauer?

- Wie groß sei der Zeitaufwand für eine Bürgerbefragung? Diese halte er für geeignet, um herauszufinden, was aus touristischer Sicht die beste Lösung sei.

Stadtrat Wild: Das Ergebnis der Präsentation überrasche ihn. Wegen der hohen Sanierungskosten von 5,5 Millionen Euro, sei eine Alternative sinnvoll. Dabei komme nur die Kombibadlösung in Betracht. Ein Vorteil sei, dass die Unterhaltungskosten lediglich bei 30-50 Prozent lägen. Ein Nachteil sei, dass künftig Enten aus dem nahegelegenen Park, im Naturbad zu finden seien. Er habe folgende Fragen:

- Herr Gutmann habe dargestellt, dass bei einem Naturbad keine zusätzliche Arbeitskraft benötigt werde, Frau Feger behaupte das Gegenteil, was stimme?
- Wie hoch sei der Wartungsaufwand?

Stadtrat Durler: Die FDP werde sich nach einem intensiven Austausch innerhalb der Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung anschließen. Das Naturbad sei im Bereich der Hygiene anfälliger als das klassische Bad, wo das Wasser mit Chlor gereinigt werde. Von einer Bürgerbefragung halte er nicht viel. Das Versprechen von Fördermitteln sei attraktiv, aber das sei noch keine klare Zusage.

Stadträtin Zwetschke: Für sie seien die Folgekosten ein zentrales Thema. Daher bitte sie diesbezüglich um einen Vergleich beider Varianten. Bei einem Kombibad erwarte sie höhere Folgekosten, wegen der benötigten Wasserzufuhr und wegen der Personalkosten. Eine einfache online-Befragung könne in die Entscheidung miteinfließen.

Oberbürgermeister Pauly: Frau Sturm vom Regierungspräsidium habe ihm gegenüber nicht von einer gezielten Förderung von Naturbädern gesprochen. Der städtische Antrag auf Fördermittel (25 Prozent) im Rahmen des touristischen Förderprogramms sei abgewiesen worden und könne nächstes Jahr noch mal gestellt werden. Dieser Antrag könne auch für ein Naturbad gestellt werden. Bei einem klassischen Bad seien laut Aussagen von Herrn Thamm erfahrungsgemäß, außer den Reinigungs- und Wartungskosten, keine höheren Unterhaltungskosten zu erwarten. Heute werde eine Entscheidung im Ausschuss getroffen, die unter dem Vorbehalt der Haushaltsberatungen im Gemeinderat stünden.

Herr Gutmann, Gutmann GmbH: Die Fördermittel für ein Naturbad, auch in Form eines Kombibades, gebe es gemäß neuer Förderrichtlinien für den naturnahen Ausbau unserer Landschaft.

Frau Ritter, Gesundheitsamt Landratsamt Schwarzwald-Baar Kreis: Das klassische Schwimmbad sei durch die technische Klärung eine einfache Sache. Das Becken werde täglich mit 30 l Frischwasser pro Badegast gefüllt und im Filterbecken rückgeführt. Es brauche Spülschächte und die Filteranlagen müssten gewartet werden.

Das Naturbad müsse man wollen: Der Bademeister habe zusätzliche Aufgaben eines Gärtners: Die Algen, die es für das biologische Gleichgewicht brauche, müssten gekürzt, Filteranlagen gewartet werden und Spülschächte vorhanden sein. Enten wie Hunde dürften nicht ins Wasser gelangen.

Herr Gutmann, Gutmann GmbH: Die in Aussicht gestellten Förderungsmittel seien in der Kostenberechnung nicht berücksichtigt.

Es gebe verschiedene Attraktionen wie Breitwasserrutsche, Wasserspiele und ein Geysir mit einem sechs bis acht Meter hohen Wasserstrahl, um Enten fernzuhalten.

Die Unterhaltskosten ließen sich bis zu 50 Prozent einsparen, da Beheizung und Verwendung von Chlor entfielen. Die Verwendung einer Folie sei günstiger als ein Edelstahlbecken, das bei einem Naturbad wegen der Verfärbung ungünstig sei. Es sei eine Badeaufsicht erforderlich, aber kein Schwimmmeister. Dadurch gebe es weniger Personalkosten. Die Anlage funktioniere mit überschaubaren Mitteln, aber es brauche Kenntnis und jemanden, der voll dahinterstehe, sonst werde das Projekt ein Fiasko. Der Haushaltsplan anderer Kommunen mit Naturbad sei einsehbar. Der Wasserverbrauch sei hingegen größer wegen der erforderlichen Nachspeisung. Schulsport sei auch im Naturbad möglich. Für Wettkampfschwimmer gebe es den klassischen Beckenbereich. Die Beprobung koste 250,00 bis 300,00 Euro und sei im ersten Jahr wöchentlich vorzunehmen, im zweiten Jahr 14-tägig.

Herr Bethe, IST Energie Plan GmbH: Die Kostenreduzierung für das klassische Schwimmbecken bei einem Kombibad verhalte sich proportional zur Reduzierung der Beckengröße.

Ein Folienbecken habe eine Lebensdauer von ungefähr 15 Jahren und sei keine dauerhafte Lösung. Aufgrund des Chlors bleiche die Folie bereits nach 10 Jahren aus.

Oberbürgermeister Pauly: Bei einem Naturbad bestehe die Gefahr, dass Krähen die Folie beschädigen werden.

Herr Bethe, IST Energie Plan GmbH: (auf Nachfrage von Stadtrat Lienhard): Schwankungen der Edelstahlpreise bei der Preisfestsetzung des Edelstahlbeckens zu berücksichtigen sei schwierig. Das hänge vom Angebot der Beckenhersteller ab. Pro Badegast werde wegen der Verdunstung und des Spülvorgangs des Filters zusätzlich 60 Liter Wasser täglich gebraucht nicht 30 Liter.

(Auf Nachfrage von Stadtrat Lienhard): Es wäre möglich den klassischen Beckenbereich geöffnet zu lassen, während der Nichtschwimmerbereich des Naturbads (wegen Verschmutzung) geschlossen sei. Das sei aber für Familien kaum praktikabel und lasse sich schwer durchsetzen.

Frau Feger, stellvertretende Amtsleiterin (auf Nachfrage von Herrn Milbradt). Der Donaueschinger Schwimmmeister sei ein Experte für klassische/technische Bäder mit Chlorung. Mit Naturbädern kenne er sich nicht aus.

Stadtrat Erndle: Bei Planungsvariante 3 des Kombibads sehe er eine Gefahr in der Nähe des Kiosks zum Kinderbecken, denn „Kinder sollten nicht gestochen oder überrannt werden und auch nicht ertrinken.“ Die Aufteilung sei bisher ein großes Plus gewesen.

Amtsleiter Unkel: Dies sei damals im Technischen Ausschuss wegen der geringeren Entfernung des Kinderbeckens zur Toilettenanlage so gewünscht worden. Der Sanierungsumbau könne vermutlich nach der Badesaison 2021 begonnen werden. Falls ein europaweites Ausschreibungsverfahren unter Beachtung von Fristen notwendig sei, ließen sich Verzögerungen gegebenenfalls nicht vermeiden.

Frau Ritter, Gesundheitsamt Schwarzwald-BaarKreis: Das Donaueschinger Schwimmbad sei das Schwimmbad, das kreisweit im schlechtesten Zustand sei, da die Technik veraltet sei. Die Sanierung sei dringend.

Amtsleiter Unkel: Ergänzend müsse man jedoch deutlich machen, dass durch den hohen Einsatz bei der Unterhaltung und auch des Schwimmmeisters die erforderlichen Werte eingehalten wurden. Wie dem Gremium die letzten Jahre bereits mitgeteilt wurde, werde dies von Jahr zu Jahr schwieriger.

Oberbürgermeister Pauly: Die Sicherheit der Badegäste sei jederzeit gewährleistet gewesen. Das Interesse an der sachlichen Darstellung eines Konzepts für ein Naturbad sei berechtigt. Das Naturbad berge jedoch finanzielle Risiken. Der Aufwand in 30-40 Jahren könne erheblich sein. Die Investition in das bestehende, konventionelle Schwimmbad sei größer, aber ein Stahlbecken zum Beispiel sei langlebiger.

Die Entscheidung über die Planungsvarianten solle im Ausschuss bzw. im Gemeinderat fallen und könne nicht über eine Bürgerbefragung gelöst werden. Diese sei bei Grundsatzfragen nach den Regeln der Gemeindeordnung ausschließlich über einen Bürgerentscheid möglich. Eine Bürgerbeteiligung sei aber selbstverständlich geplant, beispielsweise bei Fragen der Gestaltung und Lage des Kinderbeckens hingegen denkbar.

Er schlage daher die Abstimmung mit entsprechenden Änderungen des Beschlussvorschlags vor.

(Auf Nachfrage von Stadtrat Kaiser): Die vorgebrachten Sachpunkte seien bereits ausführlich besprochen worden. Ein Vergleich mit anderen Kommunen sei nicht unbedingt aufschlussreich, da deren Probleme nicht ebenfalls in Donaueschingen sein müssten. Bezüglich der von Herrn Gutmann erwähnten möglichen Förderung eines Naturbads durch das Land Baden-Württemberg könne ein entsprechender Vorbehalt im Beschlussvorschlag aufgenommen werden.

Stadtrat Lienhard: Die CDU-Fraktion werde diesem Beschlussvorschlag zustimmen.

Beschluss:

1. Die Planungskonzepte für beide Sanierungsvarianten
  - a) Natur- / Naturerlebnisbad
  - b) Klassisches / Technisches Bad in Form eines Kombibadswerden zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird unter der Voraussetzung, dass es keine automatische Förderung für ein Natur-/ Naturerlebnisbad/ Kombibad gibt, beauftragt, die Sanierung des Parkschwimmbads als Klassisches / Technisches Bad weiter zu verfolgen.

(9 Ja, 3 Nein, 1 Enthaltung)



Der Vorbehalt entfällt. Für konventionelle Bäder sowie für Natur-/Kombibäder bestehen dieselben Förderbedingungen. Dies wurde im Nachgang zur Ausschusssitzung mit der zuständigen Sachbearbeiterin des Regierungspräsidiums Freiburg geklärt. Näheres kann dem beigefügten Vermerk vom 11.05.2020 entnommen werden.

## **5) TOP 5-014/20 Gewerbegebiet Längefeld III in Wolterdingen – Ablösung Erschließungsbeitrag und Kostenerstattungsbetrag Naturschutz**

---

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 5-014/20 ein.

Stadtrat Engesser (auf Nachfrage von Stadtrat Lienhard): Die Ablösung des Erschließungsbeitrags und des Kostenerstattungsbetrags habe für den Käufer keine Folgen. Bei der Ablösung werde entweder die Grundstücksfläche oder die Nutzungsfläche zugrunde gelegt. Es gebe eine belastbare Vorausrechnung die dabei einfließe.

Bürgermeister Graf: Für den Käufer fielen keine weiteren Kosten an. Der Käufer zahle einen Einmalbetrag zum Bruttopreis, der sich in verschiedene Komponenten aufteile.

Stadtrat Durler: Durch das sog. Amphibienleitsystem verteuere sich der Beitrag um 50 Prozent. Bei einer mehrmaligen Überprüfung habe er dort jedoch keine Frösche oder dergleichen entdecken können.

Oberbürgermeister Pauly: Die Errichtung eines Amphibienleitsystems sei Voraussetzung für den Bau der Straße gewesen.

Amtsleiter Unkel: Im Rahmen der artenschutzrechtlichen Vorprüfung und des Umweltberichtes habe es Amphibienzählungen gegeben. Die bundesrechtlichen Vorgaben müssten im Planungsrecht eingehalten werden.

### Beschluss:

1. Der Bildung einer Abrechnungseinheit nach § 37 Abs. 3 KAG wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, den Erschließungsbeitrag abzulösen. Die Ablösungsmesszahl wird auf 20,79 €/m<sup>2</sup> Nutzungsfläche festgesetzt.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, den Kostenerstattungsbetrag abzulösen. Die Ablösungsmesszahl wird auf 18,74 €/m<sup>2</sup> Grundfläche festgesetzt.

(14 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

## **6) TOP 9-008/20 Wirtschaftswege / Festlegung Vorrangnetz - Sachstandsbericht und weiteres Vorgehen**

---

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 9-008/20 ein.

Amtsleiter Monien erläutert die vorgeschlagenen Varianten für die Auswahl der zu sanierenden Wirtschaftswege näher. Die Vorgehensweise nach Variante 2 vereinfache die Planungen wesentlich. Nach Einstellung der Haushaltsmittel könne die Kategorisierung vorgenommen werden und die Maßnahmen nach und nach abgearbeitet werden. Der jährlich benötigte Betrag bei Variante 2 sei mit den Planungsbüros abgeglichen worden.

Oberbürgermeister Pauly: Das Verfahren nach Variante 2 stelle keine Bindung auf Dauer dar. Im Rahmen der Haushaltsberatungen könne eine Maßnahme jederzeit abgelehnt werden.

Stadtrat R. Erndle: Er sei für die Kategorisierung der Wirtschaftswege gemäß Variante 2.

Stadtrat Kaiser: Er wolle, dass die Schadensklassifizierung und Nutzungsgrade offengelegt würden und in eine objektive Klassifizierung einbezogen würden.

Beschluss: Der Technische Ausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, entsprechend Variante 2 zu verfahren und einen festen, jährlichen Betrag von 150.000,-- € zur Verfügung zu stellen.

(14 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

## **7) TOP 9-011/20 Karlstraße (zwischen Schul- und Werderstraße) / Oberflächenerneuerung**

---

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 9-0011/20 ein und stellt die beiden Pflastervarianten, die zuvor in dem gemeinsamen Vororttermin besichtigt wurden, kurz vor. Die Auswahl sei letztlich ein Geschmacksfrage.

Stadtrat Milbradt: Er bitte darum, die Maßnahme nicht während des Weihnachtsgeschäfts zu planen.

Oberbürgermeister Pauly: Es erfolge eine Abstimmung mit dem Citymanager und den Gewerbetreibenden.

Stadtrat Vetter: Er schlage vor, die Pflastersteinfarbe „rot“ von der Straße bis zum Rathausplatz durchzuziehen.

Oberbürgermeister Pauly: Es werde zwei Abstimmungen geben: Die erste Abstimmung erfolge über die **Pflastersteinfarbe** (grau-gelblich oder grau-rötlich). Die zweite Abstimmung sei über die **Beschaffung der Oberfläche und Kanten** („Kanten etwas abgerundet, Oberfläche gestrahlt“ oder „schärfere Kanten, Oberfläche geflammt“).

Stadträtin Bronner: Sie habe keine Präferenz und werde sich enthalten.

Beschluss:

Pflastersteinfarbe:

Die Pflastervariante Nr. 2, grobkörniger Granit (**Farbe: grau-rötlich**) aus den Vogesen, soll im Bereich der Karlstraße / Hanselbrunnenbereich verlegt werden.

(11 Ja, 2 Nein, 1 Enthaltung)

Oberflächenbeschaffenheit:

Die Pflastervariante Nr. 2, grobkörniger Granit (Farbe: grau-rötlich) aus den Vogesen, **schärfere Kanten, Oberfläche geflammt**, soll im Bereich der Karlstraße / Hanselbrunnenbereich verlegt werden.

( 13 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung)

## 8) TOP Mitteilungen der Verwaltung

---

Mitteilungen der Verwaltung liegen keine vor.

## 9) TOP Anfragen und Anträge aus dem Gemeinderat

---

### **Verkehrskonzept Ausfahrt Drogeriemarkt Müller GmbH:**

Bürgermeister Graf (auf Nachfrage von Stadtrat Lienhard): Ursprünglich habe das Büro Karajan vier Lösungsvarianten bezüglich der Parkplatzausfahrt beim Drogeriemarkt Müller, Am Karlsgarten 1, vorgeschlagen. Nach Abwägung im Gemeinderat am 21.05.2019 sei nur die Variante, Einfahrt über die Bahnhofstraße und Ausfahrt ausschließlich über den Karlsgarten, übriggeblieben. Mit allen Beteiligten (Landratsamt, Busunternehmen etc.) habe man sich zu einem Ortstermin getroffen, um abzuwägen, wie diese Regelung umsetzbar sei. Hierbei sei festgestellt worden, dass dieser Vorschlag nicht praktikabel sei und eine weitere Variante überlegt werden müsse. Daher werde erneut ein gemeinsamer Ortstermin mit allen Beteiligten stattfinden. Detaillierte Planungen gebe es noch nicht.

Oberbürgermeister Pauly (auf Nachfrage von Stadtrat Lienhard): Ein gemeinsamer Ortstermin mit Vertretern des Landratsamtes sei bedingt durch das Coronavirus verschoben worden. Das Protokoll des Nachholtermins werde nachgereicht.